

ENERGIEPOLITIK

Große Erneuerung



Anzeige der Firma Tacke Windtechnik. Boomt jetzt auch bald das Geschäft mit Solaranlagen?

Im Maßnahmenpaket des Umweltministers werden der Solarstrom und andere erneuerbare Energien unterstützt. Doch es tobt ein heftiger Konflikt zwischen den Interessen der Stromkonzerne und jenen der Umwelt, in Luxemburg und in Europa.

(RK) - Seine Fördermaßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien stellte Umweltminister Charles Goerens im Zeichen des Klimaschutzes vor: "Wir wollen bis 2010 unseren CO₂-Ausstoß um 28 Prozent verringern und den Anteil erneuerbarer Energien auf zehn Prozent anheben. Solche ambitionierten Ziele sind nicht zum Nulltarif zu erreichen."

Aus dem Paket ragt die Förderung des Solarstroms mit einer Gesamtvergütung von 25 LUF pro Kilowattstunde hervor. Auch Windenergie,

Wasserkraft und Stromgewinnung aus Biomasse und Biogas werden weiterhin mit dem günstigen Grundpreis von 3,1 LUF und einer Prämie von einem LUF gefördert. Diese "prime d'encouragement" wurde vor 1994 von der Cege del bezahlt, danach vom Energieministerium, in Zukunft übernimmt sie das Umweltministerium.

Geldsegen

Daneben gibt es Investitionshilfen für Anlagen, die Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen, und für thermische Solaranlagen, die Warmwasser erzeugen. Auch die rationelle Nutzung der Energie wird unterstützt: Beihilfen fließen unter anderem für Niedrigenergiehäuser, Wärmenetze, Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen und das Ersetzen von Elektroboiler und Nachtspeicheröfen. Im Budget des Umweltministeriums für 2001 sind für diese Fördermaßnahmen etwa 60 Millionen LUF vorgesehen. Dafür erhält das Umweltministerium nunmehr die alleinige Zuständigkeit für die Förderung der erneuerbaren Energien.

Dies ist das Ergebnis eines monatelangen Tauziehens zwischen dem für Energie zuständigen Wirtschaftsminister Henri Grethen und seinem Parteikollegen Charles Goerens. Schützenhilfe erhielt der Umweltminister dabei aus dem Parlament, vor allem seitens der Abgeordneten Camille Gira (Déi Gréng) und Emil Calmes (DP). Auf der anderen Seite standen die Strom- und Industrie-Lobby, der die Perspektive einer Energie-Wende Angst zu machen scheint.

In einer ersten Reaktion bezeichnete der Mouvement Ecologique die Förderprogramme als "ein wichtiger Meilenstein auf dem Wege zu einer zukunftsorientierten Energiepolitik". Befragt, ob die Maßnahmen ausreichen würden, um seine ambitionierten Ziele zu erreichen, verneinte

der Umweltminister: "Es ist nur die Initialzündung." Und Staatssekretär Eugène Berger fügte hinzu: "Wichtig war es, endlich einen Anfang zu machen."

Ein guter Kompromiss

Umstritten ist auch, dass der Staat den größten Teil der Förder-Einspeisepreise übernimmt, statt dass diese wie in Deutschland auf alle Stromanbieter umgelegt werden. "Der Strommarkt soll innerhalb seines ökonomischen Funktionierens für den finanziellen Mehraufwand aufkommen, welcher (...) im Sinne des Klimaschutz (...) notwendig ist", so die Meinung des Mouvement Ecologique. Charles Goerens versicherte, auch er hätte diese Lösung vorgezogen, doch es sei keine politische Einigung darüber möglich gewesen.

Der luxemburgische Strommarkt ist nur ein kleiner Teil des EU-weiten Marktes. Das Projekt einer Richtlinie zur Förderung erneuerbarer Energien wird zurzeit in der Arbeitsgruppe des Europaparlaments diskutiert. Angestrebt werden obligatorische Mindestanteile von Strom aus erneuerbaren Energien für alle Länder. Doch auch die Fossilstrom-Konzerne blasen zum Angriff, weiß der grüne Europa-Abgeordnete Claude Turmes zu berichten. Im Namen des freien Wettbewerbs soll eine neue Richtlinie Beihilfen im Umweltbereich drastisch einschränken. "Der Ausgang ist ungewiss", so Claude Turmes, "denn oft vertreten die zuständigen Regierungsbeamten eher die Sache der Stromkonzerne als die Politik der eigenen Regierungen."

Auch der Erfolg der luxemburgischen Fördermaßnahmen hängt vom Willen ab, Begleitmaßnahmen durchzuführen. Notwendig wären eine Beratung der interessierten Privatpersonen sowie die Sensibilisierung und Fortbildung der Handwerker. Ob dieser Wille wirklich vorhanden ist, wird sich erst zeigen müssen.

Auf ins Solarzeitalter!

Aufgrund der neuen Fördermaßnahmen überlegen sich viele HausbesitzerInnen, eine Solaranlage anzuschaffen. In unserem nächsten Dossier informieren wir, was dabei zu beachten ist. Außerdem berichten wir über die Entwicklung der Solarenergie in Deutschland und erklären, warum das 21ste Jahrhundert solar werden muss.

kommentar

Warum "30 Schrëtt fir méi Matbestëmmung"

Warum Partizipation und Demokratie im Mittelpunkt des Grünenkongresses (am Samstag in Lorenzweiler) stehen.

Um mehr Partizipation und eine verstärkte Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen, genügt es nicht mehr - wie von Innenminister Wolter angekündigt-, eine bloße Abschaffung des zweiten Wahlgangs und der Gemeindegremien in den Majorzgemeinden vorzunehmen. Ein erfolgreicher Kampf gegen die weit verbreitete Politikverdrossenheit verlangt nach substantielleren Reformen, als eine punktuelle technische Anpassung des Wahlgesetzes. So müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, die es der Bevölkerung erlauben, sich besser auf politischer Ebene einzubringen. Gleichzeitig sollte die Zusammensetzung des Parlaments und der Gemeinderäte die wirklichen sozio-politischen Strukturen der Gesellschaft widerspiegeln.

DÉI GRÉNG haben sich seit ihrer Gründung in zahlreichen Aktionen, Positionspapieren und parlamentarischen Initiativen für eine demokratischere Gesellschaft eingesetzt und wollen mit dem Dokument "30 Schrëtt fir méi Matbestëmmung", das auf dem Kongress verabschiedet wird, die öffentliche Debatte über die Wahlsysteme und eine erweiterte Bürgerbeteiligung anregen: Der 30-Punkte-Katalog umfasst die wichtigsten Reformvorschläge im Bereich der Wahlsysteme, der direkten Partizipation auf kommunaler und nationaler Ebene sowie der politischen Strukturen. Die verschiedenen Punkte zielen u.a. auf eine verbesserte Repräsentation von Frauen ab und beinhalten darüber hinaus die Einbeziehung der ausländischen Bevölkerung und der Jugend in die politische Praxis. Weitere Themen sind die Befugnisse der Gemeindegremien sowie die Systematisierung von Bürgerversammlungen und -befragungen. Daneben wird aber auch Kritik an vordergründig technischen, in Wirklichkeit hoch politischen Aspekten unseres Wahlsystems geübt: so etwa das Panaschiersystem oder die mangelnden beruflichen Freistellungsmöglichkeiten für politisch Aktive.

Gina Conter, Déi Gréng

kommentar

Fedil kritisiert Effekte des Elternurlaubs

Am 26. September findet in Düdelingen eine "Table ronde" zum umstrittenen Elternurlaub statt.

Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten wurde der Elternurlaub in Luxemburg als arbeitsmarktpolitische Maßnahme in ein Tripartite-Abkommen eingebunden. Bezweckt wurde so, einerseits den Arbeitnehmer(inne)n eine bessere Möglichkeit zu geben, Beruf und Familie zu verbinden, andererseits aber auch bessere Chancen für Arbeitsuchende zu bieten. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Elternurlaub, sind jedoch unterschiedlich: Der "Erfolg", sprich die hohe Anzahl von Eltern - vor allem Müttern -, die diese neue Möglichkeit in Anspruch genommen haben, ist natürlich kaum erstaunlich: Die Höhe der Entschädigung und die Sicherheit, an die Arbeitsstelle zurückkehren zu können sind natürlich sehr attraktiv.

Was die Situation in den Betrieben und vor allem auf dem Arbeitsmarkt betrifft, fällt die Bewertung jedoch etwas anders aus. Einerseits hat sich bestätigt, dass einige Wirtschaftszweige, in denen vorrangig Frauen beschäftigt sind, stärker von der Maßnahme betroffen sind als andere. Andererseits ist es angesichts unserer spezifischen Arbeitsmarktsituation sehr schwierig, den geeigneten Ersatz rechtzeitig, bzw. überhaupt zu finden. Positiv ist aber, dass die Wirtschaft reagiert hat und die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt gesucht wurde, um beispielsweise einen „Pool“ von Stellenanwärtern für die anfallenden freien Stellen in diesen Branchen auszubilden, die kurzfristig eingestellt werden können.

Verbesserungswürdig wäre vor allem der Informationsfluss: Die zuständige Verwaltung müsste schneller reagieren und die Genehmigung eines Elternurlaubs (für beide Seiten) bestätigen. Auch der Informationsfluss zwischen den Verwaltungen könnte verbessert werden. Dies würde zudem der Personalsuche über das Arbeitsamt zugute kommen.

Christiane Bertrand-Schaul ist Beraterin bei der Industriellen-Föderation FEDIL

at home

D' WOXX get nët an d'Boxx

Dass letzte Woche bei uns so manches passieren würde, das über den ganz normalen Redaktionsalltag hinausgeht, war vorhersehbar. Absolut tabu war die Frage: "Get déi éischt WOXX an d'Boxx?". Die Antwort darauf blieb allerdings spannend. Bis zum Schluss - am Donnerstag, Tag XX in der WOXX-Produktion: Dem jungen Redaktionshund Goofy konnte im frühen Morgenrauen gerade noch das zentrale Netzkabel aus dem Maul gezogen werden. Nur wenig später klingelte es Sturm an der Tür unserer inzwischen deutlich überfüllten Produktionsstätte. Die meisten tippten auf das schon erwartete Fernsehteam. Fehlanzeige: Draußen stand einer, der hartnäckig darauf bestand, die kleinen "caloribel"-Skalen abzulesen, die jeden einzelnen unserer zahlreichen Heizkörper schmücken. Auch diese Störung konnte erfolgreich abgewendet werden.

Verzögert wurde die erste WOXX dennoch: mit Schampus um 20.00 Uhr in der Druckerei Copé konnte wir nur einige der 28 Seiten aus der Taufe heben. Die vollständige WOXX kam erst Stunden später aus der Presse. Wieso? Es gab "technische Probleme", wie man so schön sagt. Ob wir sie inzwischen gelöst haben, wissen Sie definitiv, wenn Sie diese zweite WOXX in den Händen halten. Es bleibt spannend.